

Homburger Neueste Nachrichten

Anzeiger für Bad Homburg v. d. G. und Umgebung

Abonnementpreis: Monatsabonnement M. 1.75 einschließlich
Lieferung. Erscheint täglich werktags.

Tannus-Post—Homburger Lokalblatt

Anzeigenpreise: Die sechsgehaltene 43 mm breite Kompartille-
zeile kostet 15 Bfa., auswärts 20 Bfa., im Reklameteil
50 mm breit 50 Bfa.

Telefon 2707

Geschäftsstelle und Redaktion: Bad Homburg v. d. G., Luisenstraße 26

Postfachkonto: Frankfurt am Main 39864.

Nr. 93

Mittwoch, den 22. April 1931.

6. Jahrgang.

Die Königsberger Spionageaffaire.

Die Untersuchung noch im Gange. Nur ein Grenzfall?
Die Lage in Spanien.

Berlin, 21. April.

Die Untersuchung des Zwischenfalls in Königsberg ist, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, noch nicht abgeschlossen. Die von den französischen Offizieren aufgeführten Verdächtigungen sind im Reichswehrministerium eingetroffen. Da es sich bei den Aufnahmen um ein verhältnismäßig kleines Format handelt, müssen erst Vergrößerungen angefertigt werden, um genau die Einzelheiten der Bilder beurteilen zu können. Die meisten Aufnahmen enthalten Gebäude der Festungsanlagen, hauptsächlich Festungstore. Auf zwei Aufnahmen sind über die Truppen zu sehen. Die Aufnahmen der Gebäudeteile sind zweifellos nicht zu beanstanden, da es sich um offene, an den Straßen liegende Anlagen handelt. Hinsichtlich der beiden Aufnahmen der über den Truppen müssen die Einzelheiten der Vergrößerung abgewartet werden.

Nach dem bisherigen Untersuchungsergebnis kann man höchstens von einem Grenzfall von Spionage sprechen. Sollte das endgültige Ergebnis der Untersuchung wirklich ergeben, daß die Offiziere Spionage getrieben haben, so werden, wie in unterrichteten Kreisen verlautet, alle Folgefragen gezogen werden, die gezogen werden müssen.

Die Festnahme der französischen Offiziere, die in Königsberg waren, erfolgte von einem Offizier des Kaiserlichen Regiments, der sofort der Division Meldung erstattete. Auf Anordnung der Division wurden die Festgenommenen wieder freigelassen.

Entschiedene Sprache der Presse.

Zu dem Spionagezwischenfall der drei französischen Offiziere stellt die „Vossische Zeitung“ fest, daß die Bedauerlichkeit der Angelegenheit sei, daß die französischen Offiziere anheimelnd geglaubt hätten, auf deutschem Boden ohne Gefahr Dinge tun zu dürfen, die sie in anderen Ländern in sehr unangenehmer Weise mit den Strafgesetzen in Konflikt gebracht haben würden. Vielleicht sei es in diesem Fall das Beste, daß die französischen Herren schnell und lautlos verschwinden.

Über man solle an den verantwortlichen französischen Stellen aus der Großzügigkeit der deutschen Behörden nicht den falschen Schluß ziehen, daß man sich gegenüber Deutschland alles erlauben könne.

Deshalb müsse gegen die Vorkommnisse, die einen fatalen propagatorischen Beigeschmack hätten, sehr energisch Vorgegangen werden. — Die „D. A. Z.“ sagt, die Anweisung an die französischen Offiziere, sofort den deutschen Boden zu verlassen, sei eine Selbstverständlichkeit, die bei der Schwere des vorliegenden Falles nicht ausreiche. Es sei zu fordern, daß die französische Regierung den Gehilfen des Militärattachés an der Berliner Botschaft und den Königsberger Konsul abberufe, die sich beide zum mindesten der Spionagebegünstigung verdächtig gemacht hätten. — Die „Deutsche Tageszeitung“ stellt die Frage, weshalb man nicht zum mindesten die Weiterreise der Franzosen solange unterbunden habe, bis die Aufnahmen entwickelt waren. Was nütze jetzt die Beschwerde beim französischen Botschafter in Berlin, wenn es den Franzosen in Königsberg gestattet worden sei, ihre Reise längs der deutsch-polnischen Grenze fortzusetzen und neue „Eindrücke“ zu sammeln. — Der „Totalanzeiger“ und die „Börsezeitung“ finden es merkwürdig, daß die Reichsregierung die französischen Spione ungehindert Deutschland verlassen läßt. — Die „Börsezeitung“ schreibt, daß das Verhalten der Offiziere außerordentlich töricht gewesen sei, siehe außer Zweifel, spreche aber noch lange nicht gegen ihre Absicht, zu emigrieren, eher noch für eine Unverschämtheit, die ihresgleichen nicht habe.

Fluchtartige Abreise.

Rückkehr der Spionagewitzkare über Polen.
Königsberg, 21. April. Die französischen Offiziere traten überraschend und entgegen ihrer ursprünglichen Dispositionen nicht um 22,10 Uhr, sondern bereits um 19 Uhr in Königsberg ein.

Sie brachen überstürzt von ihrem Hotel aus, um den am 20,18 Uhr abgehenden Zug zu erreichen. Wie verlautet, haben die Offiziere Deutschland über die polnische Grenze verlassen, und sind nicht über Berlin gefahren.

Angeblliche Spionage im Elsaß

Pariser Antwort auf Königsberg.

Paris, 22. April. Wie sich die Pariser Abendpresse aus Straßburg drahten läßt, sind dort drei Personen „elfässischer Nationalität“ wegen angeblicher Spionage zu Gunsten einer ausländischen Macht verhaftet worden. Die drei Verhafteten sollen angeblich Pläne von den französischen Befestigungswerten an der elfässischen und saarländischen Grenze angefertigt haben, und mehrfach nach Stuttgart gefahren sein, um ihr Material dort abzuliefern.

Die Lage in Spanien.

Mahnahmen gegen Kapitalflucht. — Die Stellung der Sozialisten.

Madrid, 21. April.

Der Ministerrat beschloß eine allgemeine Bekanntmachung, wonach alle jetzt sicherheitsshalber ins Ausland überführten Gelder sofort zurückzuziehen seien, widrigenfalls die Befitzer scharfe Maßnahmen der Regierung zu gewärtigen hätten.

Die Rechtspresse wiederholt ihre Hinweise darauf, daß diejenigen Gemeinden, die bei den letzten Wahlen eine monarchistische Stimmenmehrheit aufwiesen, jetzt von den Republikanern vergewaltigt würden und fordert die sofortige Einsetzung der gewählten monarchistischen Gemeinderäte.

Der sozialistische Finanzminister Prieto gab die aufsehen erregende Erklärung ab, daß die spanischen Sozialdemokraten nur bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung in der Regierung bleiben würden, da ein längeres Zusammenarbeiten mit bürgerlichen Elementen ihren Grundsätzen widerspreche. Die Nationalversammlung, die ursprünglich erst nach etwa sechs Monaten einberufen werden sollte, werde bereits in etwa drei Monaten zusammengetreten können, da das spanische Volk sich außerordentlich disziplinär benehme.

Noch keine Anerkennung durch Deutschland

Die Gründe der Regierung. — Frankreich hatte es eilig.

Berlin, 21. April. Zu den verschiedenen Presseäußerungen, in denen an der bisherigen Nichtanerkennung der neuen spanischen Regierung durch Deutschland Kritik geübt worden ist, verlautet von unterrichteter Seite, daß neben den bestehenden technischen Schwierigkeiten, die durch die Abwesenheit des Reichsaußenministers bedingt sind, auch die Frage offen ist,

ob überhaupt eine Anerkennung der neuen Regierung und eine Neubeglaubigung der diplomatischen Vertreter in Madrid notwendig ist.

da man der Meinung ist, daß die neue provisorische Regierung ihre Macht vom früheren Regime ableitet. Auch in Madrid ist man nach der bisherigen Prüfung anscheinend der Ansicht, daß eine Neubeglaubigung der Diplomaten nicht notwendig ist. Die Beziehungen Deutschlands zu Spanien gehen ungehindert weiter, ebenso amtlich auch der deutsche Botschafter in Madrid weiter. Die Angelegenheit mit der Anerkennung eilt daher nicht so.

Daß Frankreich als einzige Großmacht bisher die neue Regierung anerkannt hat, dürfte seine besonderen Gründe haben.

Die Abdankungsunterschrift nur vergessen?

Paris, 21. April. Nach einer Radiomeldung aus Madrid behauptet man in dortigen politischen Kreisen, daß es nur einem Versehen zuzuschreiben sei, wenn der spanische König die Abdankungsurkunde nicht unterschrieben habe. Vor seiner Abreise habe der König den Vertretern der neuen Regierung die Versicherung gegeben, daß er abdankte. In der allgemeinen Freude über die Abreise habe man aber dann ganz vergessen, ihn die Abdankungsurkunde unterzeichnen zu lassen.

Prozeß gegen „Alfons von Bourbon“?

Paris, 21. April. Nach einer Havasmeldung aus Madrid hat die radikale sozialistische Partei in einer Entschließung u. a. gefordert, daß „Alfons von Bourbon wegen der politischen Vergehen und solcher des allgemeinen Rechtes, deren man ihn anklage, der Prozeß gemacht werde.“

Der König im Exil.

Aufenthalt in Fontainebleau — Reise nach London.

Paris, 21. April. Wie jetzt endgültig feststeht, wird sich das spanische Königspaar auf die Dauer von sechs Monaten in Fontainebleau aufhalten, wo in einem Hotel eine ganze Etage gemietet wurde. Während sich die Königin mit den Kindern bereits nach Fontainebleau begeben hat, wird der König erst nach seiner London-Reise am 28. April folgen.

König Alfons ist inzwischen unter dem Namen eines Herzogs von Toledo nach London abgereist. Der Infant Don Juan trifft am Mittwoch in Paris ein, um sich nach kurzem Aufenthalt bei seiner Mutter ebenfalls nach London zu begeben, wo er seine militärische Ausbildung erhalten soll.

Während des Aufenthaltes des Königs in London wird er von 50 Defektiven beschützt. Diese Vorkehrungsmaßnahme soll sich als notwendig erwiesen haben, da der König während seines Pariser Aufenthaltes eine große Anzahl von Drohbrieffen erhalten habe.

Das Volksbegehren durchgegangen.

Die Eintragungsfrist abgeschlossen.

Berlin, 22. April.

Die Eintragungsfrist für das Volksbegehren des „Stahlhelm“ auf Auflösung des preussischen Landtags ist Dienstagabend abgelaufen und die Listen wurden durch die Gemeindebehörden abgeschlossen.

Wie das Bundesamt des „Stahlhelm“ schon vor Abschluß der Eintragungsfrist mitteilte, haben die Eintragungen für das Volksbegehren die für das Gelingen erforderliche Mindestzahl von 5,27 Millionen Stimmen weit überschritten.

Die Einzelzeichnungslisten gehen nun mit Bezeichnungen der Gemeindebehörden an die Bundesleitung des „Stahlhelm“, die sie dann nach Nummerierung und Abänderung in der vorgeschriebenen Form dem Landeswahlleiter überreicht.

Stellt dieser nach genauer Nachprüfung fest, daß das Volksbegehren die erforderliche Stimmenzahl erhalten hat, so geht der Antrag auf Auflösung an den Landtag. Lehnt dieser ihn, wie voraussichtlich ist, ab, so wird zum Volksentscheid geschritten. Bei diesem müßten sich mindestens die Hälfte der Stimmberechtigten Preußens, rund 13 Millionen, für die Auflösung des Landtages aussprechen, um diese herbeizuführen.

„Das Ende der Reparationen“.

Reichskabinetts gegen Schacht. — Veröffentlichung des Aktienmaterials.

Berlin, 22. April.

Auf Grund des bekannten Buches des Reichsbankpräsidenten a. D. Dr. Hjalmar Schacht, „Das Ende der Reparationen“, durch das die Reparationsfrage geschichtlich aufgerollt ist, hat sich das Reichskabinetts entschlossen, dem Reichsarchiv das in Betracht kommende Aktienmaterial zur Verfügung zu stellen mit dem Auftrag, auf Grund dieser Quellen den Gesamtkomplex zu untersuchen. Das Reichsarchiv wird demzufolge in mehreren Veröffentlichungen das Ergebnis dieser Aktienforschungen darlegen.

Schon jetzt wird ein Aufsatz veröffentlicht, der Aufschluß über einzelne besonders wichtige Begebenheiten geben soll. In diesem Aufsatz wird durch Anführung einer Reihe von Akten dargelegt, daß der von Dr. Schacht erhobene Vorwurf, er sei von der Reichsregierung vor und während der Pariser Sachverständigenkonferenz nur ganz unzulänglich unterrichtet worden, nicht zutreffe.

Auch die andere Behauptung Schachts, die Reichsregierung habe die Unabhängigkeit der Sachverständigen verlegt, halte einer aktenmäßigen Nachprüfung nicht stand. Die Reichsregierung habe den Sachverständigen während der Verhandlungen in Paris durchaus die Freiheit der Entschlebung gelassen. Erst als die Sachverständigen nach ausdrücklicher Erklärung des Reichsbankpräsidenten sich nicht mehr in der Lage sahen, angesichts der Ziffern des Youngplans die Verantwortung allein zu übernehmen, ist die Reichsregierung aus ihrer Reserve herausgetreten.

Verschiebung der Abrüstungskonferenz?

Bei einem Zusammenbruch der Flottenverhandlungen.

Genf, 21. April.

Der als gut unterrichtet bekannte Pariser Berichterstatter des „Journal de Geneve“ meldet, die französisch-italienischen Flottenverhandlungen hätten in den letzten Tagen eine derartig ungünstige Wendung genommen,

daß gegenwärtig nur noch versucht werde, nach außen hin den Eindruck eines offenen Zusammenbruchs zu verhindern. In England werde die öffentliche Meinung bereits auf eine unbefristete Vertagung der Flottenverhandlungen mit Frankreich unter Hinweis auf die von den Franzosen gemachten Schwierigkeiten vorbereitet.

Damit sei jedoch eine äußerst gefährliche Lage eingetreten, da der Zusammenbruch der Flottenverhandlungen sowie die Angelegenheit der deutsch-österreichischen Zollunion zu einer Gefährdung der Beziehungen zwischen England und Frankreich führen könnten. Falls England und Frankreich sich nicht verständigten, müsse die Abrüstungskonferenz auf 1933 verschoben werden.

Die Beunruhigung in London.

London, 21. April. In der englischen Presse kommt eine sehr starke Mißstimmung gegenüber Frankreich zum Ausdruck, dessen übertriebene Forderungen man als die Ursache der Krise ansieht. Während der italienische Standpunkt in der öffentlichen Meinung Englands fast durchweg gebilligt wird. Man weist darauf hin, daß es Frankreich bei jeder ähnlichen Gelegenheit gelungen sei, Vorteile für sich herauszuschlagen und seinen Rüstungsstand unverhältnismäßig zu vergrößern und daß man deshalb diesmal den ganz besonders bedenklichen Forderungen Frankreichs nicht nachgeben dürfe.

Die englische Politik erkennt sehr genau die Gefahr, die hier für ihr gesamtes Abrüstungsprogramm erwächst, und da die internationale Abrüstung das Problem ist, durch dessen Lösung sich Macdonalds internationale Anerkennung und damit Festigung seiner Position sichern möchte, ist die Beunruhigung Londons durchaus verständlich.

Von der Erholung wieder zur Arbeit.

Badenweiler, 21. April. Reichskanzler Dr. Brüning hat, wie erst jetzt bekannt wird, am Sonntag nachmittag in aller Stille nach einem etwa 14tägigen Erholungsurlaub Badenweiler verlassen und sich nach Freudenstadt begeben. Ende der Woche will er wieder nach Berlin zurückkehren. — Reichsaußenminister Dr. Curtius reiste heute von Badenweiler nach Berlin ab.

Braunschweig ruft das Reichsgericht an.

Wegen Milderung eines Zeitungsverbots.

Braunschweig, 21. April. Die braunschweigische Regierung hat wegen der Verfügung des Reichsministers des Innern, die das von der braunschweigischen Regierung für den sozialdemokratischen „Volksfreund“ ausgesprochene Verbot von drei Wochen auf eine Woche herabsetzt, die Entscheidung des Reichsgerichts beantragt. Der sozialdemokratische Pressebeirat konnte die Entscheidung des Reichsministers bereits am 19. April veröffentlichen, was in unvollständiger Form geschah, während sie dem braunschweigischen Staatsministerium erst am 20. April zugeht. Die braunschweigische Regierung bezeichnet diesen Vorfall als eine Formverletzung, die neuerdings in Berlin Mode geworden sei. Man berücksichtigt dort, so sagt die braunschweigische Regierung, in erster Linie die Belange der sozialdemokratischen Partei und dann erst das Staatsinteresse.

Ein Deutscher im rumänischen Kabinett

Verständliche Minderheitenpolitik. — Besonderes Unterstaatssekretariat.

Bukarest, 21. April. Ministerpräsident Iorga erklärte, er werde sein besonderes Augenmerk auf die kulturelle Entwicklung der Minderheiten im Rahmen des rumänischen Staates richten und werde alles tun, um ein gutes Einvernehmen zwischen Minderheit und Mehrheit des Volkes herbeizuführen.

Als Zeichen dafür hat er dem deutschen Abgeordneten Rudolf Brandtsch ein neu einzurichtendes Unterstaatssekretariat im Ministerpräsidium mit dem Referat für die Minderheiten an. Brandtsch ist der erste deutsche Minister und erster Minister der Minderheiten Rumäniens überhaupt.

Dem Unterstaatssekretariat werden außerdem die Unterstaatssekretäre Arnab Bittan und Professor Klafenburg sowie einige Rumänen, deren Namen bisher nicht bekannt geworden sind, angehören. Diese Verfügung des Ministerpräsidenten hat überall einen ausgezeichneten Eindruck gemacht.

Maßnahmen gegen Brotpreiserhöhung

Eine amtliche Ankündigung.

Berlin, 21. April. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat, sobald es von der beabsichtigten Brotpreiserhöhung in Berlin Kenntnis erhielt, mit den beteiligten Wirtschaftskreisen über Mittel und Wege beraten, den unerwünschten Folgen dieser Erhöhung zu begegnen. Es ist eine Reihe von Maßnahmen in Aussicht genommen. Die hierzu erforderlichen Vorbereitungen werden bereits in den nächsten Tagen zum Abschluß kommen. Die Bestrebungen des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft sind darauf gerichtet, der Bevölkerung ein schmackhaftes und vollwertiges Brot zu den bisherigen Preisen zur Verfügung zu stellen.

Politisches Allerlei.

Zusammenstöße zwischen Streikenden und Polizei.

In Springe bei Hannover entzündeten ernste Unruhen, als Arbeitswillige von Streikenden am Betreten der Räume der Stuhlfabrik, in der seit längerer Zeit gestreikt wird, gehindert wurden. Am Bahnhof kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Streikenden, wobei auch der Biermeister tödlich angegriffen wurde.

Die Landjäger mußten schließlich von der Schusswaffe Gebrauch machen. Hierbei wurden ein unbeteiligter Arbeiter und der Führer der kommunistischen Streikenden verletzt. Die Coderung der englischen Sonntagsruhe.

Die Gesetzesvorlage, die unter Aufhebung einer Verordnung aus dem 18. Jahrhundert Theater- und Kinovorstellungen sowie sportliche Veranstaltungen an Sonntagen erlaubt, wurde in später Abendstunde in zweiter Lesung mit 258 gegen 210 Stimmen im Unterhaus angenommen. Die Parteien hatten ihren Abgeordneten die Abstimmung freigegeben.

Von gestern auf heute.

Basel. Der Verwaltungsrat der Bank für internationalen Zahlungsausgleich hielt seine 10. Sitzung ab, an der von deutscher Seite Reichsbankpräsident Dr. Luther und Bankier Melchior teilnahmen.

Warschau. Hier fanden Kundgebungen gegen Danzig, Deutschland und Österreich statt. Demonstrationen vor den Gesandtschaftsgebäuden wurden durch die Polizei eingedämmt.

Warschau. Im polnischen Außenministerium wurden die Ratifikationsdokumente des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens zwischen Außenminister Jalecki und dem deutschen Gesandten von Molke ausgetauscht.

Der erschossene Polizeidiener.

Todesurteil gegen den Ilgesheimer Mörder.

Koblenz, 21. April. Hier begann der Prozeß gegen den 20 Jahre alten Landwirtssohn Müller aus Ilgesheim, der am 31. Januar dieses Jahres den Polizeidiener Gravius, der sich auf einem Dienstgange von Ilgesheim nach Grumbach (Bian) befand, erschossen hatte. Müller hatte sich in einem Busch versteckt und dem Gravius aufgelauert. Als dieser die Stelle passierte, sprang ihm Müller in den Weg, brachte ihm Schlagverletzungen bei und streckte ihn schließlich durch zwei Schüsse in die Lunge, die er aus einer Pistole abgab, nieder. Bei seiner Festnahme leugnete Müller anfangs hartnäckig. Beweismittel waren zunächst schwer zu erlangen, da zur Zeit der Tat hoher Schnee lag und keinerlei Spuren mehr mit Sicherheit nachgeprüft werden konnten. So gab Müller zunächst an, Gravius habe ihn angegriffen. Schließlich legte er unter dem Druck des gegen ihn zusammengetragenen Materials ein umfassendes Geständnis ab.

Es war nämlich allgemein bekannt, daß die Familien Müller und Gravius schon seit langer Zeit in Feindschaft miteinander lebten. Frau Müller hatte sich mehrfach Beleidigungen zuschulden kommen lassen, so daß der Polizeidiener Gravius gezwungen war, gegen sie Anzeige zu erstatten. Meist verlor sie die sich daran anschließenden Prozesse. Ein solcher Prozeß stand auch, als die Mordtat geschah, kurz bevor, und Frau Müller hatte zu befürchten, daß der Polizeidiener Gravius in diesem Prozeß ungünstig gegen sie ausfallen werde. Deshalb kam man auf den Gedanken, den unheimlichen Feinden aus dem Wege zu schaffen.

Der Vorsitzende erklärte zunächst an Hand einer Karte die Verhältnisse und auf Grund der Ermittlungen des Untersuchungsrichters den psychologischen Zusammenhang, der zu der furchtbaren Tat führte.

Die Vernehmung des Sohnes Alfred, der einen sehr dreisten und unsympathischen Eindruck macht und keine besondere Spur von Reue zeigt, gestaltete sich infolgedessen schwierig, als der Angeklagte schon in der Voruntersuchung vielfach mit Lügen operierte und sich auch heute noch nicht von diesem für ihn verhängnisvollen Manöver freimachen kann. Die Feindschaft seiner Eltern mit Gravius sei ihm bekannt gewesen, und es sei ihm erzählt worden, der Getötete wolle ihm die Heirat mit einem reichlichen hintertrieben. Am Tage des Mordes habe er n. Lauterreden fahren wollen, um sich (obwohl er kein Geld dazu hatte) zur Hochzeit seines Bruders einen Anzug zu kaufen. Auf dem Wege zum Postauto — obwohl es schnelle, benutzte Müller nicht die gute Straße, sondern einen schlechten Weg durch Feld und Wald — sei er plötzlich mit Gravius zusammengestoßen, der ihn angesprochen, Hand an ihn gelegt und mit einem offenen Messer bedroht habe. Daraufhin habe er Gravius einen Schlag ins Gesicht versetzt und schließlich in der Notwehr zwei Schüsse abgefeuert, die den Tod herbeiführten.

Die Angeklagte Frau Müller ging bei ihrer Vernehmung auf alle Einzelheiten ein, die zu der erbitterten Feindschaft mit Gravius geführt haben, bestreitet aber, jemals einen Mordplan gehegt, noch irgendwie aktiv tätig gewesen zu sein, noch davon gewußt zu haben. Auch der Ehemann Müller macht die gleichen Angaben. Er ist nach der Anklageschrift deswegen der Beihilfe verdächtig, weil er kurz vor der Ausführung der Tat sich an einer Stelle aufgehalten hat, von der aus man genau beobachten konnte, ob sich Gravius auf dem Wege zum Postauto befand.

Die umfangreiche Zeugenvernehmung ergab nichts Wesentliches. Allgemein wird Frau Müller als sehr rachsüchtig und zänkisch bezeichnet, während Vater und Sohn besser beleumundet sind. Festgestellt wurde, daß der Angeklagte Alfred Müller sein Opfer nach der Tötung mehrere Meter weit von der Straße in die Wiese geschleppt hat.

In später Abendstunde wurde das Urteil verkündet. Alfred Müller wurde des vorfälligen Mordes schuldig befunden und zum Tode verurteilt.

Die Eltern des Müller wurden von der Anklage der Beihilfe freigesprochen.

Kürten ist nicht geisteskrank.

Auch nicht vermindert zurechnungsfähig.

Düsseldorf, 21. April.

Im Mordprozeß Kürten wurde zu Beginn der Diensttagung die Deffenlichkeit wiederhergestellt. Auf eine Frage des Verteidigers Kürten antwortete Zeuge Untersuchungsrichter Dr. Hertel,

daß es unmöglich gewesen wäre, Kürten zu überführen, wenn er nicht seiner Frau etwas gestanden hätte. Wenn Kürten jetzt widerrufen wollte, würde ihm das nichts mehr nützen.

Der erste Sachverständige, der vernommen wird, ist Professor Stoll von der Provinzial-Heilanstalt Düsseldorf-Grasenberg. Er kommt in seinem Gutachten zu dem Schluß, daß die Taten Kürtens, selbst wenn sie auch noch so unerklärlich erschienen, nicht als alleiniges Beweismittel einer Geisteskrankheit anzusehen seien. Eine Geisteskrankheit im medizinischen Sinne liege nicht vor. Die Anwesenheit Kürtens zeige eine

sehr große erbliche Vorbelastung

Kürtens. In der Familie komme die denkbar nahestehende Blutverfälschung vor. Belastung durch Geisteskrankheit sei nicht da. Kriminelle Personen und Trinker kämen in ziemlich gleicher Menge in der Anwesenheit vor. Der Angeklagte habe aber nicht unbedingt deswegen in dieser Weise zu einer kriminellen Persönlichkeit werden müssen.

Kürtens sei ein geistig vollwertiger Mensch und könne nicht aus dem Milieuvorwissen heraus den Anspruch darauf heitelen, daß er schranken- und verantwortungslos seiner weiteren Entwicklung gegenüberstehe.

Auf eine Frage des Verteidigers, ob aus dem klinischen Befund mit absoluter Sicherheit der Schluß gezogen werden könne, daß im Zeitpunkt der Begehung der Taten keine Geisteskrankheit vorlag, erklärte der Sachverständige u. a., daß bei der Untersuchung keine Geisteskrankheit vorgelegen habe. Wenn jemand so klar schilde, könne wie Kürten, so müsse man sagen, es könne keine Geisteskrankheit vorgelegen haben.

Nach einer längeren Auseinandersetzung zwischen der Verteidigung und dem Sachverständigen Stoll über Fragen der Willensbestimmung bei Kürten, erstattete Dr. Raether, der Direktor der Irrenanstalt Bedburg-Nau bei Kleve, ein Gutachten. Die zahlreichen eingehenden Untersuchungen hätten gezeigt, daß bei Kürten auch während der Begehung der Taten keine geistige Anomalie bestanden haben dürfte, die als verminderte Zurechnungsfähigkeit ausgelegt werden könne.

Es liege kein Anlaß vor, die psychiatrisch abwegigen Eigenschaften, vornehmlich die sadistische Perversion, als einen so hohen Grad von geistiger Minderwertigkeit aufzufassen, daß sie einer Geisteskrankheit im Sinne des Paragraphen 51 gleichkämen. Auch eine verminderte Zurechnungsfähigkeit sei nicht festzustellen.

Für die Entgegennahme des Gutachtens des Sachverständigen Professor Dr. Hübnert, des Direktors der Universitätsklinik Bonn, wurde die Deffenlichkeit wegen Gefährdung der Sittlichkeit ausgeschlossen. Der Angeklagte verstellte sich meisterhaft, was mit seinem starken Geltungsbedürfnis zusammenhängt. Kürten ist ein rücksichtsloser Egoist, brutal und wehleidig. Er hat eine starke sadistische Veranlagung. Die Fragen nach Geisteskrankheit, verminderte Zurechnungsfähigkeit oder Unnormalität sind bei ihm zu verneinen.

Der Angeklagte folgte den klaren Darlegungen des Sachverständigen mit größter Aufmerksamkeit, und je mehr der Sachverständige zu dem Schluß kommt, daß Kürten voll verantwortlich ist und seine Taten planmäßig vorbereitet und durchgeführt hat, um so aufgeregter wird er. Er sitzt mit hochrotem Kopfe da und versucht jedes Wort der Diskussion aufzufangen.

Die Verhandlung wird hierauf auf Mittwoch vertagt.

Dorfbrand nach neun Jahren aufgeklärt.

Wittenberge, 21. April. Am zweiten Pfingstfeiertag 1922 brach auf dem Grundstück des Mühlenbesizers Rohde in Stresow (Altmark) ein Feuer aus, das in kurzer Zeit sieben Bauerngehöfte und mehrere Scheunen in Asche legte und bei dem ein Gastwirt, der sein Kind retten wollte, in den Flammen umkam. Alle Ermittlungen verliefen damals ergebnislos. Jetzt nach neun Jahren wurde als Brandstifterin die damals zwölfjährige Tochter des Mühlenbesizers Rohde ermittelt, die sich zur Zeit in Hamburg in Stellung befindet. Sie hat eingestanden den Brand aus Rache gegen ihre Stiefmutter angelegt zu haben.

Neues aus aller Welt.

Ein Toter bei einer Reichswehrübung. Ein schwerer Unfall ereignete sich beim Reiterregiment 2 in Osterode (Ostpreußen) während einer Übung mit Sprengmunition. Aus bisher noch ungeklärter Ursache explodierte vorzeitig eine Mine, wobei der Oberreiter Wendt getötet und zwei andere Reiter schwer verletzt wurden.

Von Eindringern erschossen. Eindringler drangen in der Nacht in das an der Chaussee Dannenberg—Wulzen gelegene Wohnhaus des 57 Jahre alten Arbeiters Friedrich Lüders ein. Als sie damit beschäftigt waren, Lebensmittel einzupacken, wurden sie von Lüders überrascht. Die Eindringler gaben mehrere Schüsse ab und Lüders wurde von einer Kugel getötet.

Ueberfall auf britische Polizeipatrouille. In Transjordanien wurden zwei Beamte der unter britischer Leitung stehenden Wästenpolizei getötet. Angehörige des Resb-Stammes hatten die Patrouille angegriffen.

Talsperre für 48 Millionen Dollars. Der Minister des Innern hat einen Vertrag unterzeichnet, der 48 Millionen Dollars für den Bau der Boulder-Talsperre am Fluß Colorado vorsieht.

30 Tote bei Eisenbahnunglück in China. Auf der Strecke Kanton—Kaulun ereignete sich ein schweres Eisenbahnunglück. Infolge anhaltender Regengüsse war der Bahndamm unterspült, und die Lokomotiv und drei Wagen stürzten in einen 10 Meter tiefen Abgrund. Dabei wurden etwa 30 chinesische Fahrgäste getötet und 50, zum Teil schwer, verletzt.

Das Wetter

Witterung brüchig und zeitlich wechselnd, teils bewölkt oder neblig, teils heiter; im allgemeinen schwache Luftbewegung.

Wasserstands-Nachrichten vom 21. April.

Konstanz, Bodensee 3,48 Meter, gegen den Vortag minus 0,02 Meter; Regl 3,05—0,07; Mannheim 4,07—0,00; Mainz 1,60—0,05; Bingen 2,58—0,04; Trier, Mosel 1,45—0,19; Koblenz 3,10+0,05; Köln 3,18+0,12; Duisburg 1,64 plus 0,10; Mülheim, Ruhr-Unt.-Beg. 1,16 unverändert; Ruhrort 1,93+0,13; Wesel 1,85+0,12.

Aus Bad Homburg und Umgebung

Dem Mai entgegen!

Mag es noch so unfreundlich und naßhaft sein, man mag es jetzt doch schon stark, daß es dem Mai zugeht. Da es nicht einmal bloß das Neue und Werden, die wachende und sich entfaltende Natur, die mit jedem Tage zu uns spricht. Jeder Monat hat etwas Charakteristisches, etwas Eigentümliches an sich. Und dieses Besondere ist es, das uns jetzt schon auf Schritt und Tritt begleitet und uns kräftig daran erinnert, daß der Mai, daß die warme Jahreszeit vor der Tür steht.

Das sind einmal die Auslagen der Geschäfte. In den Warenhäusern und Modegeschäften liegen zwischen grünen Zweigen und frischen Frühlingsblumen helle, freundliche Stoffe aufgestapelt und lenken die Aufmerksamkeit aller Vorübergehenden auf sich, genau so, wie die neuen Sommerhüte, die so vornehm und distanziert sind, daß sie nicht einmal Preistafeln zeigen. In den Feinkostgeschäften lockt der erste Spargel wenigstens zum Stehenbleiben. In den Anlagen und Gärten sind sachliche Leute mit Anpflanzungen und Umgrabungen beschäftigt. Ruhebänke werden aufgestellt, Wege ausgebeißert und Verbodstafeln übertüncht. In den Gartenlokalen warten neu gebügelte Kellner und frisch gestrichene Tische auf den ersten Ausflügler.

In den Kurorten, in den Bädern, in den Sommerfrischen rüstet man für die Urlauber. Die Häuser erhalten neuen Anstrich, Betten werden hin und her gestellt, Koffer und Koffer werden verpackt, Reise-Omnibusse werden frisch gewaschen. Und diesem sind auch die Sommergäste nicht müde. Über Fahrplan und Landkarte sitzen sie gebückt, rechnen und kalkulieren und träumen von sonnigen, heißen Tagen im Gebirge und an der See. Wie lange noch, dann werden die ersten Ferientzüge an, Tagungen beginnen, Konzerten und Wiedersehensfeiern!

Freilich, heute schüttelt es uns noch, wenn wir einen hübschen Pöblier im Fastboot sehen, oder wenn wir Plakate lesen, die zu Mai-Bowle und Erdbeerreis einladen. Aber nur Mut, nur Geduld, in ein paar Tagen ist es Mai, dann ist es mit dem Winter vorbei, dann gehört der Frühling uns!

Brutzeit — Vogelschutz.

Eine eindringliche Mahnung. — Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Vögel.

Der Frühling geht ins Land, er hat uns seine Boten geschickt: die ersten Lerchen und die Stare sind nach langer Wanderfahrt in ihre, unsere Heimat wiedergekehrt. Die Heuschrecken und Rostschwänze haben es im Süden nicht mehr ausgehalten und nun folgt in kurzen Abständen ein Winterflüchter nach dem anderen, bis Ende April wieder das in der nordischen Heimat versammelt und die Brutzeit der heimischen Standvögel und der Sommergäste in vollem Gange ist.

So nötig haben unsere Fluren, der deutsche Wald, der Acker, mit einem Wort: unsere Bodenwirtschaft, den Vögeln und für uns billigen Kampf, welche die gesieberten Freuden gegen das Heer des schädlichen Ungeziefers führt. Geradezu unentbehrlich ist in unserer trostlosen Zeit der aufbauende Gesang, das muntere Flügelspiel des heimischen Waldvogels. Aber draußen in der Natur soll jeder Mann den zur Freiheit geborenen Singvogel belauschen können. Darum ist es die Pflicht jedes einzelnen, gegen den räuberischen Schwarzjäger und den geschäftstüchtigen Schacherer aufzutreten, bei jeder Gelegenheit und mit allen Mitteln. Denn zur Handelsware sind die herrlichen Singvögel unserer Heimat wahrlich nicht erschaffen. Solange es sehr schwer sein, gegen den Vogelwürger in den Südstaaten anzukämpfen, als die Nachtgall, die Grasmücke, das Rotkehlchen und wie diese Kleinode unserer Tierwelt alle heißen mögen, im eigenen Lande noch mit Schlagnetz und Leimrute empfangen werden, nachdem sie gerade mit doppelter Not die Gefahren des Zuges überstanden haben.

Hat sich wirklich ein Vögelchen zusammengefunden und will es sein Heim gründen, so zeigt sich überall eine schreckliche Wohnungsnot. Getreidestoppeln ohne Hecken, Wälder ohne einheimischen, jungen Baumbeständen, Fluszufer aus Beton bieten den wenigsten Vogelarten Brutstätten! Da ist es unsere Schuldigkeit, das zerstörte Gleichgewicht in der Natur nach bestem Können wieder herzustellen. Reicht es ja dem Höhlenbrüter zu helfen, indem man richtige Nisthöhlen im Felsen oder auch selbstgebaute Bretterhöhlen am Haus unter Dach darbietet. Für die Freibrüter, zu denen gerade unsere besten Sänger gehören, gilt es, die Hecken zu erhalten, vor allem das abscheuliche Abrennen durch Kinder abzustellen. Nicht nur die Vogelwelt leidet unter dieser Unsitte, es wird auch das schöne Landschaftsbild oft roh und unnützlich gestört; nicht selten kommt es vor, daß der benachbarte Wald oder gar der jugendliche Brandstifter selbst zu schwerem Schaden.

Nun müssen die schlimmsten Feinde des Brutvogels in Stadt und Land: die verwilderten Katzen überall verschwinden, wo Vogelschutz getrieben wird. Einbröckelnde Krassen und Elstern vernichten viel mehr Vögel und Jungvögel, als man gewöhnlich annimmt. Auch die Amsel ist in manchen Gegenden schon schlimm entartet und im ganzen Lande tritt der Spatz als Schädling auf, nicht nur des Getreides und der Weinberge, sondern auch des Vogelschutzes. Viele Wohnungen, die besser eine Meise oder ein Finkenwägen bezöge, nimmt er frühbrütend weg und zerstört sich grimmig gegen jeden eindringenden Nistvogel.

Ganz zu Unrecht werden leider immer noch alle Grotte (Hauddögel) für die bösen, blutrünstigen Feinde der Vogelwelt gehalten, während doch nur zwei — Habicht und Sperber — tatsächlich gefährlich werden können. Alle anderen: die Eulen, Turmfalken und Bussarde verdienen als emsige Mäusevertilger den unbedingten Schutz, vor allem durch den Landwirt.

Wirtschaftlicher Nutzen und eine reine Freude ist dem Vogelschutz, der in seinem Garten, auf seinem Bauernhof, im Wald und Flur durch sachgemäßen Vogelschutz unsere freien geliebten Freunde begünstigt.

Volksbegehren-Ergebnisse.

In die Listen des Volksbegehrens „Landtagsauflösung“ trugen sich ein:

Stadtbezirk Bad Homburg	2210 Personen.
Stadtbezirk Altdorf	66 Personen.
	2276 Personen (etwa 18 v. H.)
Bongenheim	197 „ („ 17,5 „)
Oberstedten	59 „ („ 4 „)
Dornholzhausen	107 „ („ 33 „)
Friedrichsdorf	264 „ („ 22 „)
Äppern	197 „ („ 15 „)
Seulberg	118 „ („ 14,5 „)
Oberlaunuskreis	4896 „ („ 14 „)
	Oberlaunuskreis (nichtamtlich)

Das Fest der silbernen Hochzeit begehen heute der städtische Arbeiter Wilhelm Braun und dessen Ehefrau Kath., geb. Becker.

Evangelische Volksvereinigung. Auf die heute abend, 8.30 Uhr, im Restaurant „Stadt Kassel“ stattfindende Jahreshauptversammlung wird hiermit nochmals hingewiesen.

Volkschor Bad Homburg. Wir verweisen nochmals auf das morgen Donnerstagsabend, 8.30 Uhr, im Mittelsaal des Kurhauses stattfindende Konzert, das mit seinem guten Programm jeden Besucher für einige Stunden die grauen Alltagsorgen vergessen läßt. Der Besuch ist vollständig kostenlos, da durch freundliches Entgegenkommen der Kurverwaltung auch das in der Samstagsnummer genannte Garderobengeld in Wegfall kommt. Alle, die Interesse am Lied haben, sind herzlich eingeladen, und rechnen wir mit einem vollbesetzten Saal.

Gesetzesverlängerung. Das Gesetz über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen ist durch das Gesetz vom 21. März 1931 (G. S. S. 29) für das Rechnungsjahr 1931 verlängert worden. Danach ist die Grundvermögenssteuer einschließlich des staatlichen Zuschlags, wie bisher, an den gesetzlichen Fälligkeitsterminen weiter zu entrichten.

Ein kurzes Vergnügen. Der bei einer hiesigen Kolonialwarenfirma angestellte gewesene Handlungsgehilfe Karl W. unterschlug, als er den Auftrag bekam, 1000 Rmk. einzuzahlen, das Geld, kaufte sich neue Kleider, schaffte sich eine Freundin an und zog mit ihr in ein komfortables Zimmer in Frankfurt. Die vor wenigen Tagen unternommene Flucht brachte dem jungen Ausreißer nur kurze Zeit ungebundenen Lebens, denn er machte sich durch seine Geldausgaben verdächtig und wurde verhaftet, als er noch 618 Rmk. im Besitz hatte. Als er entlassen wurde, bediente er sich eines falschen Namens. Wegen Unterschlagung und Uebersetzung wurde der Angeklagte zu drei Monaten Gefängnis und einer Woche Haft verurteilt.

Aus dem Homburger Gerichtssaal. In der heutigen Verhandlung führte Amtsgerichtsrat Dr. Conhen den Vorsitz, die Anwaltschaft vertrat Anwalt Schneider. Zur Verhandlung standen zwei Strafsachen und 1 Privatklage.

Uebertretung des Arbeitszeitgesetzes. Wieder einmal stand ein hiesiger Bäckermeister, der sich wegen Uebertretung des Arbeitszeitgesetzes, begangen im Jahre 1930, (nun zum 5. Male) zu verantworten, vor dem Richter. Nach Aussagen des einen Zeugen, der bei dem Angeklagten vier Jahre lang — er wurde vor 14 Tagen entlassen — tätig war, ergab sich, daß man bei dem Bäckermeister schon um 4 Uhr, statt um 5 Uhr morgens, anfing, daß man ferner bereits vor 7 Uhr morgens mit dem Austragen der Backwaren begonnen hatte. Die übrigen Zeugen, die noch im Dienst des Angeklagten sind, machten nur zögernde Angaben. Der Vertreter des Gewerbeamtes Frankfurt wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß die Beschwerden der Arbeitnehmer der hiesigen Bäckereibetriebe über die Nichtbeachtung der Arbeitszeit sich besonders gehäuft hätten. Der Anwalt beantragte wegen der ersten Uebertretung eine Geldstrafe von 100 Rmk. und der zweiten eine solche von 60 Rmk. Das Urteil des Richters lautete auf 120 Rmk. (100 Rmk. und 20 Rmk.) Geldstrafe.

In der nächsten Sache mußte wegen Richterscheitens des Angeklagten Verlegung eintreten.

Privatklage. Zwischen einem Altdorfer und Homburger Fußballverein kam es wegen der Schiedsrichterbesetzung bei einem im Frühjahr 1929 stattgefundenen Spiel zu Kontroversen, und zwar gaben sich die Altdorfer mit dem Schiedsrichter Sch., der von Beruf Fahrradfabrikant ist, nicht zufrieden. Sch. mußte als Schiedsrichter kaltgestellt werden, und da lag es nahe, daß man — ein Jahr später — beim Süddeutschen Fußballverband wegen eines Vergehens Sch. anklagte mit dem Ziele, daß dieser von der Schiedsrichtersliste gestrichen wurde. Der Dessenlichkeit wurde von dieser Mahahme durch eine Anzeige in der Presse Kenntnis gegeben. Was ist nun vorgefallen? Im Frühjahr 1929 kamen die Angeklagten D. und F. in den Laden des Sch. und verlangten eine gebrauchte Fahrradlaternen. Sie bekamen auch eine solche für 3 Rmk. angeboten. D. konnte aber gleich feststellen, daß es sich um seine gestohlene

Laternen handelte. Es stellte sich heraus, daß der Welsbinder B., der zur gleichen Stunde beim Privatkäufer Weibhinderarbeiten ausführt, den Sch. beauftragte, die fragliche Laternen, die sein Eigentum sei, zu verkaufen. Nach Ansicht des Privatkäufers Sch. ist ohne sein Wissen die betreffende Laternen auf den Verkaufsstell gestellt worden. Einen recht ungünstigen Eindruck hinterließen die Aussagen des jungen Zeugen Weibhinder B., eine gerichtsbekannte Person, der über die Herkunft der Laternen Angaben recht zweifelhafter Natur machte. Auf Grund der Beweisaufnahme verurteilte das Gericht die Angeklagten wegen verleumdender Beleidigung zu je 50 Rmk. Geldstrafe. Es sei erwiesen, daß die Angaben an den Fußballverband, Sch. habe sich des Diebstahls bezw. der Fälschung schuldig gemacht, wider besseres Wissen gemacht wurden.

Ein Schornsteinbrand brach heute vormittag kurz nach 11.30 Uhr in einem Hause der Elisabethenstraße aus. Die Rückwand der in dem Hause befindlichen Waschküche wurde von dem Feuer erfaßt, jedoch die alarmierten Feuerwehrleute ein Teil brennenden Gebäudes niederreißen mußte. Der Sachschaden soll etwa 200 Rmk. betragen.

Die Jugendfahrtscheine. Nach Mitteilung der Reichsbahndirektion waren sowohl die zur Erlangung der Fahrpreisermäßigung für Jugendpflege erforderlichen Bescheinigungen über die behördliche Anerkennung, als auch die Führerausweise mehrfach sehr stark abgenutzt und unleserlich. Den Jugendpflegervereinen wird daher dringend nahegelegt mit den Ausweisen sorgsam umzugehen und sie sauber zu halten. Empfohlen wird die Aufbewahrung in Schutzhüllen. Vereine, die unansehnliche Ausweise vorzeigen, laufen Gefahr, der Fahrpreisermäßigung verlustig zu gehen. Begebenfalls müssen die Vereine auf zwischenzeitliche Erneuerung der Ausweise bedacht sein.

Die Einreise nach Frankreich. Nach Wahrnehmungen, die an der badisch-französischen Grenze gemacht worden sind, wird vielfach angenommen, daß zur Einreise nach Frankreich nun Führerscheine, Legitimationskarten und dergleichen Ausweise genügen. Das trifft nicht zu. Die Einreise wird vielmehr nur gegen Vorweisung eines mit einem französischen Visum versehenen Reisepasses gestattet. Das im September vorigen Jahres in Kraft getretene deutsch-französische Abkommen über den kleinen Grenzverkehr sieht allerdings eine Erleichterung, nämlich den Verkehr mit besonderen Grenzarten vor. Diese Vergünstigung gilt jedoch nur für die Bewohner bestimmter Grenzbezirke und nur für den Verkehr innerhalb dieser Bezirke.

Die Frauen in der Arbeitslosenversicherung. Zur Arbeitslosenversicherung wird die interessante Tatsache bekannt, daß versicherte Frauen im vergangenen Jahre 265 Millionen erhalten haben. Die Frauen tragen also zur Erhöhung des Fehlbetrages bei, den die Männer der Arbeitslosenversicherung bereiten.

Die Führung von Weinbüchern. Polizeibeamten haben bei Vornahme von Kontrollen wiederholt die Wahrnehmung gemacht, daß die Vorschriften des § 19 des Weingesetzes und des Artikels 9 der Ausführungsbestimmungen hierzu nicht beachtet werden. Nach den erwähnten Bestimmungen haben alle Personen, die gewerbsmäßig Trauben zur Weinbereitung, Traubenmaische, Traubenmost oder Wein in Verkehr bringen, Bücher zu führen. Unter die hierzu Verpflichteten fallen auch die Schankwirte, Lebensmittelhändler, Krämer und sonstigen Kleinveräußerer. In Kürze werden Revisionen erfolgen, ob die vorgeschriebenen Bücher geführt werden.

Sondergebühren für Autostraßen. Im Reichstage haben alle bürgerlichen Parteien einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach für die Benutzung ausschließlich dem Kraftfahrzeugverkehr dienender niveaufreier Straßen angelegter Straßen (Autobahnen) von privatrechtlichen Unternehmungen, in deren Verwaltung die Länder zur Wahrung öffentlicher Interessen vertreten sind, ein Entgelt erhoben werden kann. Für Bau und Unterhaltung solcher Straßen dürfen Mittel aus der Kraftfahrzeugsteuer nicht verwendet werden.

Kauft bei unseren Inferenten.

Gewinnauszug

1. Klasse 37. Preussisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die erste und eine auf die zweite Nummer in den beiden Abteilungen I und II

1. Ziehungstag 20. April 1931

On der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen

4 Gewinne zu 5000 M. 60513 106241
4 Gewinne zu 3000 M. 219139 246341
10 Gewinne zu 2000 M. 26455 78130 117082 133902 24961
20 Gewinne zu 1000 M. 60028 119407 164427 196402 221245 236804
243184 305429 345182 364291
50 Gewinne zu 500 M. 6286 12554 14956 47699 104197 118775
122584 124071 138075 191786 219748 234084 234928 252651 265224
267852 268864 270666 308168 321076 330724 332956 365708 370666
398038
40 Gewinne zu 500 M. 560 24188 34981 40768 45027 46792 53189
52735 82749 116183 120392 125336 141183 147544 160350 166890
172682 172763 218801 232802 237712 296201 361555

On der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen

2 Gewinne zu 10000 M. 219194
2 Gewinne zu 1000 M. 42886
6 Gewinne zu 500 M. 102507 118293 248868 380992
4 Gewinne zu 2000 M. 113549 255942
30 Gewinne zu 1000 M. 14129 90034 98159 149301 159400 177926
193280 242076 265220 278157 293124 295790 335894 342364 359978
28 Gewinne zu 500 M. 11799 46161 117733 126323 152267 162700
172021 228378 232465 262542 296908 336742 344639 348020
46 Gewinne zu 500 M. 12002 50464 98180 99292 110848 120705
126078 128094 160062 222657 234920 251584 269017 273417 288523
293162 302598 332142 332965 390816 394407 398081 399661

Leser! Werbt für Eure Zeitung.

Verantw. für den redaktionellen Teil: E. Herz, Bad Homburg
Für den Inseratenteil: Fritz W. A. Krägenbühl, Bad Homburg
Druck und Verlag: Otto Wagenbreth & Co., Bad Homburg

V. Pforzheim. Innerhalb dreier Nachtfunden brachen im Enztal drei Brände aus, deren Ursache man in keinem Fall kennt. Bei einem Brande in Büchenbronn, dem das dreistöckige Anwesen des Landwirts Schmidt zum Opfer fiel, griff das Feuer so rasch um sich, daß die Bewohner kaum das nackte Leben retten konnten. Das Anwesen war das größte Holzgebäude des größten Ortes. Das mehrstöckige Haus, in dem sich noch ein Laden des Konsumvereins befand, brannte vollständig nieder. Der Schaden von schätzungsweise 30-40.000 Mark soll nur zum Teil durch Versicherung gedeckt sein. — In Springen wurde das gesamte Anwesen des Etuimachers Ernst Müller eingedäschert. Ein Schulknabe schwelte in höchster Lebensgefahr. Der ruhig schlafende Junge konnte im letzten Augenblick von dem Vater gerettet werden. Die Familie verlor Hab und Gut. — Gleichzeitig brannte in Enzberg das Wohnhaus des Willi Ochs mit der ganzen Einrichtung aus. Das Haus sollte in nächster Zeit abgerissen werden, weil es im Zuge der neuen Umgehungsstraße liegt. Obwohl die Brandgeschädigten nur gering versichert sind, wurde Ochs unter Verdacht der Brandstiftung vorläufig festgenommen.

V. Mannheim. (Beleidigung des Schriesheimer Bürgermeisters.) Wegen Beleidigung des Bürgermeisters Ruser-Schriesheim hatten sich vor dem Schöffengericht der verheiratete Steinarbeiter Georg Horn, der ledige Spengler Georg Sommer, der ledige Maler Franz Piva und der verheiratete Eisenbahnassistent Karl Engelhardt, alle aus Schriesheim, zu verantworten. — In Bezug auf eine Beleidigungslage gegen Horn im Januar 1927 soll Horn die Äußerungen getan haben, der Bürgermeister Ruser sei ein Weineidsbruder. Der Angeklagte Sommer soll im Juni 1930 im Gespräch mit einem Gemeindeangestellten gesagt haben: Und noch einmal Weineid; du tannst es dem Bürgermeister sagen. Er behauptete dabei weiter, der Bürgermeister habe eine Million Anlehensgelder unterschlagen und hierüber keine Einträge gemacht. Der Bürgermeister sei der größte Lügner im Dorfe. Der Angeklagte Piva beteiligte sich an dem Gespräch und machte ebenfalls schwer kränkende Äußerungen. Auch Engelhardt behauptete gegenüber Gästen in einer Schriesheimer Wirtschaft, der Bürgermeister gehe mit Unwahrheit um. Bei dem längeren Zeugenverhör konnten

sich die meisten Zeugen an nichts mehr erinnern. Es wurden verurteilt: Horn zu drei Monaten Gefängnis, Sommer zu 140 Mark, Piva zu 50 Mark und Engelhardt zu 100 Mark Geldstrafe. — Dem Gerichtssamt wird die Befugnis zuerkannt, das Urteil binnen zwei Monaten nach erlangter Rechtskraft an der Gemeindefass in Schriesheim bekanntzumachen.

V. Mannheim. (Aus Gram über den Tod ihres Mannes.) In der Nacht hat sich die 30jährige Witwe eines Kaufmanns mittels Leuchtgas das Leben genommen. Die Tat dürfte aus Gram darüber geschehen sein, daß die Frau vor kurzer Zeit ihren Mann durch den Tod verloren hat.

V. Rastatt. (Störung einer Versammlung.) In einer in die Fruchthalle von der Sozialdemokratischen Partei einberufenen Versammlung kam es zu Ausschreitungen, die ein Einschreiten der Polizei nötig machten. Wie der Polizeibericht besagt, versuchten einige Mitglieder der N. S. D. A. P. durch Entleeren kleiner Flaschen mit einer übelriechenden Flüssigkeit die Versammlung zu stören. Es kam aus diesem Anlaß zu einem Handgemenge, bei welchem Stühle als Wurf- und Hiebgegenstände verwendet wurden.

V. Baden-Baden. (Um ein Boulevard-Café.) Der Bezirksrat hielt eine außerordentliche Sitzung ab und beschäftigte sich in mehrstündiger Verhandlung mit dem Gesuch der Firma Welbe GmbH. in Mannheim um Erlaubnis zum Betrieb eines Cafés mit Vitor- und Südwine-Ausschank im Hause Lichtentaler Allee Nr. 6. Gegen dieses Gesuch waren in größerer Zahl Einsprüche erhoben worden. Genannte Firma beabsichtigt ein den modernen Ansprüchen genügendes Boulevard-Café einzurichten. Der Firma Welbe in Mannheim wurde nun die Erlaubnis unter der Bedingung erteilt, daß das Vorhandensein der Gelder für den Bau und für die Einrichtung vor Beginn der Bauarbeiten auf Sperrkonto den Vorständen des Bezirksrates nachgewiesen sein muß. Die Erweiterung der Konzession zu einer Rollkonzession bleibt auf alle Fälle für die Zukunft ausgeschlossen.

V. Freiburg. (Ungeklärter Jagdunfall.) Der Arbeiter Georg Kappmann in Nimbura wurde von dem Jagdaufsesser Schuhmacher durch einige Schüsse schwer verletzt und mußte der Klinik zugeführt werden.

11. Dillingen a. Saar. (20 Verletzte bei einem Eisenbahnunfall.) Auf dem hiesigen Bahnhof fuhr eine Rangierlokomotive einem in Richtung Lutzerath ausfahrenden Personenzug in die Flanke. Der letzte Waggon besetzte Personenwagen stürzte um. Etwa 20 Reisende wurden leicht verletzt.

— Ehingen a. D. (Scheuer eingestürzt.) Nachmittags gegen 5 Uhr stürzte ohne jedes vorherige Anzeichen eines Versfalls die Scheuer des Kaufmanns Becker unter donnerndem Lärm ein. Die eine Hälfte des großen Gebäudes ist vollkommen eingestürzt. Glücklicherweise befand sich zur Zeit des Einsturzes niemand im Gebäude und aus der Straße.

— Freudenstadt. (1. 2 und 3 mal 30.) Im stillen Untermusbach im Hause des Zimmermanns, haben Großvater Mutter und Kind einen Altersunterschied von je 30 Jahren. Der Großvater Ruffern wird im Juli 90 Jahre alt. Er ist heute noch der Hausvater, Rat und Stütze der seit 3 Jahren verstorbenen Schwiegertochter. Im Juni feiert die Tochter ihren 60. Geburtstag. Ihre Tochter wird in diesem Monat 30 Jahre alt.

Handel und Wirtschaft.

Frankfurter Effektenbörse vom 21. April: Die fortwährende Erleichterung am Geldmarkt und die eingetretene Erholung zum Schluß der gestrigen New Yorker Börse ließen die Börse zum amtlichen Beginn nach den Abschwächungen an der Abendbörse zunächst etwas freundlicher eröffnen, zumal auch die Spekulation einige Rückdeckungen vorgenommen hatte. Später wurde die Stimmung wieder ruhiger, da die Londoner Börse in schwacher Haltung eröffnet haben soll und auch die widersprechenden Mitteilungen über den Stand der Kautschukverhandlungen eine gewisse Unsicherheit hervorriefen, so daß die Spekulation im Verlauf meist wieder zu Realisationen schritt. Die Grundstimmung der Börse war jedoch recht widerstandsfähig. Bei sehr geringem Umsatz ergaben sich anfangs überwiegend kleine Besserungen. Im großen und ganzen blieb das Kursniveau jedoch nur behauptet. Im Verlaufe wurde die Tendenz etwas fester und das Geschäft lebhafter, da die Berliner Arbitrage stärkeres Interesse für Montanwerte bekundete.

Männergesangsverein

(Mitglied des Deutschen Sängerbundes)



Bad Homburg

Sonntag, den 26. April 1931, abends 8 Uhr, im Kurhaus

KONZERT

Mitwirkende: **Kunz von Krusdwyk** vom Stadttheater Nürnberg; am Flügel: **Georg Dorf Beder**, Bad Homburg; Leitung: **Studienrat G. Weigand**, Frankfurt a. M.

Vortrags-Ordnung:

1. Chöre: a) „Märznacht“ } Conradin Kreuzer
b) „Abendfeier“ }
2. „Die Nachtigall“ } Albieff
Sopran-Solo: Kunz von Krusdwyk
3. Chöre: a) „Maile, laß dir was erzählen“ }
(Schwab, Volksweise) } Fried. Siller
b) „Abschied“ } Adolf Kirch
c) „Amor und Fortuna“ } Karl Reinecke
4. Koloraturlieder
Sopran-Solo: Kunz von Krusdwyk
5. Chöre: a) „Der feine Reiter“ }
b) „Der leichtfertige Liebhaber“ }
für Männerchor und Sopran-Solo
bearbeitet von: A. v. Othegraven
Sopran-Solo: Kunz von Krusdwyk
6. „An der schönen blauen Donau“ (Chor
mit Klavierbegleitung) Joh. Strauß
(„Donau so blau“; Text von F. v. Wernerth). Am Flügel: Georg Dorf Beder

Karten im Vorverkauf sind erhältlich im: Blumenhaus Knapp, Uhrenhaus Löwenstein und Möbelhaus Koffer.

Homburger Kriegerverein

Hauptversammlung

Donnerstag, den 23. April, abends 8.30 Uhr, im Vereinslokal „Johannisberg“.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht und Rechnungsablage
2. Verleihung von Auszeichnungen für 50jährige und 25jährige Mitgliedschaft
3. Renoual der etatsmäßig ausscheidenden Vorstandsmitglieder
4. Wahl der Revisoren und Delegierten
5. Schlußabteilung
6. Sommerprogramm
7. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen bitten

Der Vorstand.

Leibbinden u. Bruchbänder



aller Systeme



Plattfuß-Einlagen — Gummistrümpfe
in nur guter Qualität und großer Auswahl.

Sanitätshaus Carl Ott, G.m.b.H.

Lieferant sämtlicher Krankenkassen.

P. J. TONGER
P. J. TONGER
P. J. TONGER

E
N

Noten
Musikverlag



Instrumente
Schallplatten

Gratisprospekte · Auswahlendungen

P. J. TONGER

Köln a. Rh. / Am Hof 30-36

Kölner Dombau-Lotterie

Ziehung: 13.-18. Mai 1931

Höchstgewinn: 100.000 Rmk

- 1 Hauptgewinn 60.000 RM
- 1 Prämie 40.000 RM
- 1 Hauptgewinn 10.000 RM
- 1 Hauptgewinn 5.000 RM

Los 3.— Rmk.

empfehlen und versenden

Geschäftsstelle der „Homburger Neueste Nachrichten“,
Zulsenstraße 26
Telefon 2707

Gut erhaltene Knaben-Anzüge und Mäntelchen

(4-7 Jahre)

sehr billig abgegeben.

Wallstraße 19

Einfamilien-Haus

oder 5-Zimmer-Wohnung
nebst Zubehör sofort
mieten gesucht. Angebote
mit Fest-Mietpreis an die
Geschäftsst. unter N 72

Möbl. Zimmer

sobald oder später mit
ohne Pension zu mieten
gesucht. — Offerten unter
N 220 an die Geschäftsstelle
dieser Zeitung erbeten.

Drucksachen aller Art



liefern prompt
und sauber



die
Homburger
Neueste Nachrichten

Ladenlokal

Zulsenstraße 26
in nächster Nähe d. Marktplatzes, für jede Branche geeignet, sofort billig zu vermieten. Näheres zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Achtung Neuheit!

Ca. 5000 Meter Ballonseide!

zur Anfertigung eleganter
Damenkleider, Herrenober-
hemden u. Kugelschiffenbezüge
Inhalt eines Paketes aus-
reichend f. ein Damenkleid,
ein Herrenoberhemd u. ein
Kissenbezug auf 1 m. 11.00
portofrei per Nachnahme.

3500 Bettlaken 140 x 200 cm
1.08 RM p. St., sehr starkes, fei-
nes Gewebe, weiß. Ab 12
Stück portofrei per Nachn.

Mehlsackstoffe weiß, Größe
1,12 am 140 cm breit pro
Stück 85 Bfg. schneidfrei,
ungenäht ohne Schrift und
Farbaufdruck. Jedes Quan-
tum in einem Stück zur An-
fertigung von Leib-Haus-
wäsche, Laken, Vorhänge
usw. ab 30 Stück portofrei.

Lieferung direkt an Private
ohne verteuernenden Zwischen-
handel. Bei Sammelanträgen
in Höhe von RM. 40.—
(franko per Nachnahme) eine
Schreibmaschine gratis, 1 Jahr
Garantie.

Bremen 1 Postfach 700
Bei Nichtgefallen Rücknahme.

Schreibmaschine

mit Universal-Tastatur,
wenig gebraucht, gut er-
halten, für 145.— dimk.
zu verkaufen. Evtl. wird
Kaufzahlung eingebracht.
Wo, sagt die Geschäftsst.

Landes-Wohlfahrts-Lotterie

Ziehung 19. Mai

5124 Gewinne im Gesamtwerte

RM. 70.000

Gewinnplan:

- 1 Automobil 10.000 R.M.
- 1 Biergepann 6.000 "
- 1 Zweigelepann 3.000 "
- 1 Einspanner 1.500 "

Rose zu 50 Bfg.

Glücksbriefe mit 10 Rosen fort. aus versch. Tausenden 5 R.M.

empfehlen und versenden:

„Homburger Neueste Nachrichten“, Zulsenstr. 26.

Am 13. Mai 1931; 16 (nachmittags 4) Uhr sollen im Schulgebäude in Obersiedlen die in Obersiedlen be-
legenen Grundstücke, bebauter Hofraum, Saalburgstr.
16; Hofraum und Hausgarten Saalburgstr. 14, 4, 69ar,
1, 10ar, 9, 68ar zwangsweise versteigert werden. Eigen-
tümer Gepächträger Louis Beder II. zu Obersiedlen.

Bad Homburg v. d. H., den 17. März 1931.

Das Amtsgericht.

Bei Krankentransporten u. Unglücksfällen

rufen Sie bitte an: Tel. Nr. 2976,
Tel. Nr. 2452 oder Tel. Nr. 2382.

Freiw. Sanitätskolonne vom Roten Kreuz.

Europäische Zwiesgespräche.

Wer sich in den letzten Monaten die Mühe machte, die europäischen Verträge über die Wehrdebatten der europäischen Parlamente zu studieren, der konnte feststellen, daß eigentlich alle Kriegsmilitaristen des Auslandes klagen, die Wehrhaftigkeit des Landes sei noch nicht weit genug vorgeschritten, die bewilligten Summen reichten nicht aus für die Sicherheit von Land und Volk. Wir hören von jedem einzelnen die Erklärung, daß sein Land abgerüstet habe, während alle anderen Länder immer weiter rüsteten.

Wenn von irgendwelchen Heeresverringern gesprochen wird, so hat das aber keineswegs etwas mit einer Abrüstung zu tun. Jene Verringerung der Heere war nach dem Kriege selbstverständlich. Trotzdem erklärte der britische Heeresminister Shaw, daß England seine Heeresausgaben um 50 Prozent gekürzt habe. Nach außen hin könnten solche Zahlen täuschend wirken. Doch ein Vergleich mit dem Friedensetat ist schon allein deswegen abwegig, weil moderne Heere nicht mehr zahlenmäßig nach ihren Mannschaftenbeständen zu werden sind. Ausschlaggebend ist die kriegstechnische Entwicklung, die Ausrüstung der Heere mit den modernsten Kriegs- und Giftstoffen.

Ähnliche Töne wie wir sie aus England vernahmen, erklangen auch aus der Rede des französischen Kriegsmilitaristen Maginot. Ihm ist ja von deutscher Seite deutlich genug geantwortet worden. Wir wollen in Ergänzung nur feststellen, daß England wie auch Frankreich schon in der Schule die Jugend im Gebrauche der Waffen unterrichten, regelmäßig Kriegsspiele veranstalten. Auf allen höheren Schulen Englands sind die Schüler vom 15. Lebensjahr ab zur Teilnahme an solchen Kriegsspielen gezwungen, für die der Staat Gelder zur Verfügung stellt, auch Heeresmaterial. Somit ist die Durchmilitarisierung der englischen und französischen Bevölkerung von Staatswegen klar erwiesen.

Deutschland dagegen hat noch nicht einmal die zum Schutze und zur Verteidigung notwendige Heeresmacht. Unsere Reichswehr ist in der Ausbildung nach allen Seiten hin gehemmt durch die Bestimmungen des Zwangsstaates von Versailles. Wir haben keine Flugzeuge, haben keine schwere Artillerie, keine Tanks, keine Festungen an der Westgrenze, ja ganz Westdeutschland ist als „entmilitarisierte Zone“ ohne jedweden militärischen Schutz, unsere Marine ist ebenfalls zahlen- und materialmäßig so beschränkt, daß sie überhaupt im Ernstfalle nicht wirksam in die Erscheinung treten kann.

Diese Fragen werfen wir angesichts der bevorstehenden großen Abrüstungskonferenz im Frühjahr 1932 auf. Wir wollen aufzeigen, welche große Kämpfe unserer Delegation harren, wie wir mit Gegnern zu ringen haben werden, die bewußt eine Komödie der Heuchelei spielen. Wir betonen aber energisch unseren Standpunkt, daß diese Abrüstungskonferenz nur dann Sinn und Zweck hat, wenn es zu durchgreifenden Beschlüssen kommt, die zu einer Abrüstung in allen Ländern führen, wie sie Deutschland zwangsmäßig schon seit Jahren vorgenommen hat.

Wir werden in Genf in den nächsten Tagen jede sich bietende Gelegenheit wahrnehmen müssen, um die deutschen Forderungen mit allem Nachdruck auf der Tagung des Europaausschusses und der ihr nachfolgenden Sitzung des Völkerbundrates zu vertreten. Auf solchen internationalen Konferenzen wird nun leider nicht immer jene Aussprache gepflegt, die die Wirklichkeit erfasst, sondern es treten vielfach nur die politischen Fragen in den Vordergrund, welche die eigenen nationalen Interessen eines jeden Landes umfassen. Dagegen werden oft hinter den Kulissen, bei diplomatischen Empfängen, bei gegenseitigen Besuchen, Möglichkeiten gefunden, diese wichtigen Fragen nach allgemeinen europäischen Gesichtspunkten zu besprechen.

Nach den internationalen Zusammenkünften in Genf werden wir auch noch eine besondere Gelegenheit haben, über Deutschlands Lage und Verhältnisse uns auszupressen und zwar bei der Zusammenkunft des Reichsfanzlers und des Außenministers aus dem Lande Sir Macdonalds in Chequers mit diesem und dem englischen Außenminister Henderson. Gerade diese Einladung hat in Frankreich eine begeisterte Erregung ausgelöst. Frankreich weiß, daß Henderson, obwohl er sehr oft bei anderen Gelegenheiten die Gesellschaft Briands suchte, dennoch die französische Machtpolitik verurteilt und der französischen Regierung deutlich zu verstehen gab, daß es niemals eine Lösung der europäischen Gesamtprobleme ohne Mitwirkung Deutschlands geben kann.

Wir werden deshalb in Chequers keine Statistenrolle zu spielen haben. Wir haben uns seit Monaten schon auf die freie Strecke rangiert, unser außenpolitisches in Verbindung mit dem wirtschaftlichen Ziel steht fest. Und das gerade schuf die Beunruhigung in Frankreich, veranlaßte den Außenminister Briand vielfach zu leeren Drohungen, für uns aber kein Grund, darüber ergrimmt zu sein. Wir leben in den französischen Gegenwärtigkeiten keine Verweilungsmittel. Frankreich erkennt, daß es im Gebälk der Weltverträge knirscht, daß dieser sinnlose Bau auf schwankendem und wankendem Fundament aufgebaut ist, daß er sich für seine Nutznießer schon lange als gefährlich erweist.

Unsere Forderungen aber entsprechen größtenteils sogar jenen Bestimmungen der sogenannten Friedensverträge. Wir verlangen nichts Uebermenschliches, nichts Unmögliches einzig und allein unser Recht und unsere Gleichberechtigung im Rate der Völker. Daß uns die französische Außenpolitik Bremsklötze auf die Schienen schmeißt, um den deutschen Freiheitszug zum Entgleisen zu bringen, braucht uns nicht zu schrecken. Denn in anderen Ländern ist dafür das Erwachen um so stärker; und die Aussprache in Chequers wird hoffentlich dazu beitragen, Deutschlands wahren Willen und wirklichen Willen der ganzen Welt begreiflich zu machen und auch England zu bestimmen, seine Mitarbeit an dem Wiederaufbau und der Befriedung Europas im Sinne der Gerechtigkeit und des Rechtes nicht zu verweigern.

Das tägliche Brot.

Von Dr. Czypgan-Berlin.

Der englische Staatsmann Benjamin Disraeli hat vor mehr als hundert Jahren die klassischen Worte geprägt: „Es ist besser, teures Brot zu haben, als gar keins.“ Er hat damit im Lichte des Freihandels gewiß nicht einer unangebrachten Verteuerung der Lebensmittel das Wort reden wollen, sondern lediglich die unbestrittene Bedeutung der gesicherten Ernährungsbasis für ein Volk betont.

In der Tat wird dieser Binsenwahrheit in der wirtschaftlichen Praxis viel zu wenig Rechnung getragen und die Bedeutung der Landwirtschaft für Staat und Wirtschaft vielfach unterschätzt. Nur wenige haben eine klare Vorstellung davon, daß die Gesamtproduktion der deutschen Landwirtschaft auf jährlich 12 bis 13 Milliarden Mark berechnet wird, was unserer Gesamtausfuhr entspricht. Davon entfallen in großen Summen betrachtet auf die Milch- und Eierzeugung allein 3 bis 4 Milliarden Mark, auf Schlachtvieh 4 bis 5 Milliarden Mark, auf Getreide rund 2,25 Milliarden Mark, während die gesamte deutsche Steinkohlenproduktion rund 2 Milliarden Mark, die Rohisenproduktion unter 1 Milliarde Mark, die Braunkohleerzeugung weniger als eine halbe Milliarde Mark betragen.

Leider beträgt die jährliche Lebensmittelzufuhr immer noch rund 3 Milliarden Mark. Nahezu 12 Millionen Deutsche sind in ihrer Nahrungsmittelversorgung völlig vom Ausland abhängig und täglich fließen allein 1,25 Millionen Mark für Butter, 0,75 Millionen Mark für Eier und 0,50 Millionen für Obst und Gemüse ins Ausland.

Nicht durch künstliche Förderung der durch die wirtschaftlichen Veränderungen unendlich erschwerten Ausfuhr deutscher Industrieerzeugnisse, sondern auf der Einfuhrseite können wir unsere Handelsbilanz verbessern. Damit stärken wir zugleich den viel wichtigeren Binnenmarkt. Nach Berechnung des Instituts für Konjunkturforschung ar-

beiten im Durchschnitt der vergangenen Jahre von rund 32 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland etwa 90 Prozent für den Binnenmarkt und nur 10 Prozent für den Export. Unter Abzug des jeweiligen Ausfuhrüberschusses wurden im Inland verbraucht: von der Steinkohlenförderung 95 Prozent im Jahre 1925 gegenüber 87 Prozent im Jahre 1913, von der deutschen Eisen- und Stahlerzeugung 90 Prozent (früher 77 Prozent), von der Gesamtproduktion der chemischen Industrie 77 (82,5) Prozent, der elektrotechnischen Industrie 83 (74,6) Prozent. Aus diesen wenigen Zahlen erhellt zur Genüge, wie groß die Bedeutung des Binnenmarktes als Absatzgebiet für unsere Industriebranche ist. Unter den Verbrauchern aber steht die Landwirtschaft an erster Stelle. Führende Männer der Industrie haben dies jederzeit anerkannt und hervorgehoben. So bemerkte Krupp von Bohlen auf einer Generalversammlung bezeichnenderweise:

„Mit keiner Maßnahme sind wirtschaftlich so weitreichende Wirkungen zu erzielen, wie mit einer tatkräftigen Hilfe für die deutsche Landwirtschaft. Die Gesundung und Förderung dieses größten deutschen Erwerbszweiges bedeutet Erleichterung der Volksernährung, Verbesserung unserer Handels- und Zahlungsbilanz und die Hebung der Kaufkraft des inneren Marktes.“

Die klare Erkenntnis der schicksalhaften Bedeutung einer gesunden Landwirtschaft für Staat und Volk führt von selbst dazu, daß jeder einzelne nach Kräften bemüht sein muß, diesen Wirtschaftszweig, wenn er darniederliegt, wieder erstarben zu lassen. Die Landwirtschaft leidet heute — als Ganzes betrachtet, unabhängig von der Tätigkeit des einzelnen Betriebsinhabers — unter steigender Unrentabilität. Diese erklärt sich für jeden ohne Schwierige Rechenkünste 1. aus der Preisere: der Preisdifferenz zwischen den Agrarprodukten und den Industriewaren, die der Landwirt benötigt, 2. aus der Handelspreisspanne: dem übermäßigen Unterschied zwischen Hersteller- und Verbraucherpreis und 3. der von Jahr zu Jahr schwerer drückenden Verschuldung.

An der Wiederherstellung der Rentabilität müssen alle Kräfte mitarbeiten: die Landwirtschaft selbst wie der Staat, wie jede deutsche Hausfrau.

Vieles ist durch „Selbsthilfe“: durch Absatzorganisation, Standardisierung, Qualitätsverbesserung und Wirtschaftsbüro zu erreichen. Manches ist auf diesem Gebiet durch die Landbundorganisationen, durch Landwirtschaftskammern, öffentliche Institute und Genossenschaften versucht und geschehen. Mehr ist noch zu leisten.

Wahrchau! — Sieh dich vor!

Der Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften hat zur Förderung seiner Unfallverhütungsbemühungen eine neue Werbeaktion eingeleitet. Als Vorbild hierfür soll, auf deutsche Verhältnisse zugeschnitten, die amerikanische „Safety-first“-Bewegung dienen. Anstelle des „Safety-first“ soll das bei dem Preisausschreiben der Reichsunfallverhütungs-Woche (Ruwo) im Jahre 1929 130mal vorgeschlagene Wort „Wahrchau“ angewandt werden. Die Pressestelle des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften gibt für die Herkunft und Bedeutung dieses Wortes folgende Erklärung:

„Es ist keine Neubildung, sondern ein gutes altes deutsches Wort, und bei einigermaßen aufwärtiger Ueberlegung wird auch jedem sein Sinn einleuchten. Man kann, wie es die Sprachforscher tun, die erste Silbe des Wortes „wahr“ als Stamm des Wortes „bewahren“, sich „verwahren“ (also sich vorsehen, sich in achtnehmen) auffassen. Ebenso kann man „schau“ von „schauen“ — erschauen, scheuen, deuten. Dann würde „Wahrchau“ bedeuten: Bewahre Dich! Scheue die Gefahr! Ebenso aber kann man das Sehen und Scheuen, das sich umsehen, das Vorsehen, rechtzeitig Ausschau halten, mit dem zweiten Bestandteil des Wortes „Wahrchau“ verbinden. Auf jeden Fall bleiben, wie man es auch betrachten möge, mit dem Wort „Wahrchau“ die Gedanken verbunden Gefahr! Also sieh Dich vor! Ueberlege richtig und hüte Dich vor ihr!“



Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale) 1932

Seidlinger wollte dann auch noch die Zimmer sehen. Und Treber führte ihn durch das Haus mit seinem Begleiter, der nie von Seidlingers Seite wich.

Im Wohnzimmer sah Margarete, zwischen der Eschlaube sah sie, deren Blätter, frisch gewaschen, in der Sonne blühten.

Gelassen blickte sie den Herren entgegen. „Meine Schwester Margarete!“ sagte Treber halblaut und sah zu dem Mädchen hinüber.

„Liebe Margarete, Herr Vantier Seidlinger möchte das Haus sehen. Entschuldige also, wenn wir dich stören mußten!“

Seidlinger blickte erstaunt auf die schlanke Mädchengestalt. Das war doch Hermine Jostendorf? Aber das war auch nicht möglich! Wie sollte die denn hierherkommen? Erstens müßte sie viel älter sein, und zweitens wohnte sie drüben an der polnischen Grenze.

Hermine Jostendorf, die den Sohn des Kaufmanns Seidlinger einst verheiratet!

Um deren willen Wilhelm Seidlinger so hart und mißtrauisch geworden war und die er doch so lange nicht hatte vergessen können.

Ein Gedanke kam ihm. „Herr von Treber, was für eine Geborene war Ihre Frau Mutter?“

„Jostendorf!“

„Und sie stammte aus der Grenzmark?“

„Ja!“

Bilder Triumph war in Seidlingers kleinen Augen. Jetzt konnte er sich an den Kindern Hermine Jostendorfs rächen!

Margarete stand auf.

Langsam kam sie durch das Zimmer, blieb dicht vor Seidlinger stehen. Tessen Augen umfaßten begierig die schlanke Mädchengestalt.

„Weshalb fragten Sie nach dem Mädchennamen meiner Mutter?“

Groß und klar ruhten Margaretes Augen auf Seidlinger.

Der schloß langsam, wie Haß und Triumph wichen, wie ihn eine weiche Stimmung überkommen wollte.

Das durfte nicht sein.

Ganz abnungslos war er gewesen, hatte sich nicht um die näheren Verhältnisse der Trebers gekümmert. Und nun, da ihm der Zufall die Macht in die Hand gespielt hatte, sich für früher Geschehenes zu rächen, Hermine in ihren Kindern zu treffen, wollte er weich werden?

Nein! Das durfte nicht sein. Oder doch! Ja, er wollte helfen, wenn ihm da, die da mit den großen, schönen Augen ihrer Mutter, ihm gehören wollten!

Das würde die Rettung für die Geschwister Treber sein! Eine andere gab es nicht!

Vantier Seidlinger verbogte sich tief.

Dann wandte er sich an Guido von Treber:

„Ich denke, so Hals über Kopf braucht es nicht zu sein. Wir werden in vier Wochen noch einmal über eine etwaige Räumung sprechen.“

Immer wieder ruhten seine Augen auf Margarete. Und um seine Lippen legte sich ein Lächeln, das Guido von Treber das Blut in den Kopf trieb. Doch er war machtlos diesem Manne gegenüber.

Seidlinger verabschiedete sich jetzt hastig.

„Es bleibt vorläufig alles beim alten. Ich habe mich eben besonnen, daß ich erst noch andere wichtige Sachen erledigen muß.“

Das waren seine letzten Worte, als er sein Auto bestieg.

Wie vor den Kopf geschlagen, blieb Treber zurück.

So harmlos war er doch nicht, daß er nicht gemerkt hätte, woher der Wind jetzt auf einmal wehte!

Margarete? Und Seidlinger? Ein Gedanke, der ihm das Herz kalt werden ließ.

Das — durfte nicht sein und würde auch niemals sein! Eher sollte alles zugrunde gehen!

Was hatte Seidlinger noch gestern zu ihm gesagt? Da hatte er doch den Namen Bernkoven in den Zähnen gezogen? Selige Bernkoven, die Frau Harald Bernkovens bloßgestellt! Und nun wollte er sich vielleicht rächen, Margarete von Treber gehöre ihm in dem Augenblick, wo er es wollte?

Ein Reußen kam aus Trebers Brust.

Schust! dachte er. Glender Schust!

Treberhofen sollte Seidlinger haben — Margarete aber würde ihm für alle Zeiten unerreichbar bleiben.

An einem der nächsten Morgen kam ein dicker, gemütlicher Herr nach Treberhofen, stellte sich als Moritz Angelmann vor und fragte, ob Treberhofen veräußert sei. Er bot einen ganz enormen Preis dafür und sah sich lächelnd um.

Der Preis war viel höher, als die Wechselsumme an Vantier Seidlinger.

„Sie wollen Gut Treberhofen kaufen?“

„Ja! Ich habe schon wieder einen Interessenten dafür. Vorläufig aber bin ich der Käufer.“

Ein Mittelmann!, dachte Treber. Wer aber ist der wirkliche Käufer?

Der dicke Herr schien nicht gewillt zu sein, seinen Auftraggeber zu nennen. Ganz sachlich sagte er Verschiedenes auseinander.

„Wir zahlen bar! Es könnte also dem Vantier Seidlinger gegenüber gar keine bessere Waffe für Sie geben, Herr von Treber. Wenn er kommt, um Treberhofen einzusehen, zahlen Sie ihm einfach die Wechselsumme aus. Dann hat sich für den Herrn alles Weitere in Treberhofen erledigt. Sie können hierbleiben. Zagen wir vorläufig auf drei Jahre als Verwalter des Gutes. Manchmal kommt irgendein Glücksfall, da kann man sich wieder hochziehen. Wie denken Sie darüber?“ (Fortsetzung folgt.)

Aus Nah und Fern

Bezügliche Transaktionen.

Frankfurt a. M. Nach einer Verhandlungsdauer von 6 Wochen und einer 4 Jahre andauernden Voruntersuchung ist der Prozeß gegen die Kaufleute Victor Sander und Karl Jost aus Mannheim zu Ende gegangen. Das Gericht verurteilte Sander wegen Betrugs und Untreue zu einem Jahr Gefängnis und 500 RM Geldstrafe. Der Angeklagte Jost wurde freigesprochen. Die Firma des Angeklagten Jost, die Montania Mannheim, hatte in Frankfurt ein Altsenlager gekauft und mit dem Verkauf den Angeklagten Sander beauftragt. Da das Geschäft von vornherein als recht unsicher angesehen wurde, geschah der Verkauf im Rahmen einer eigens für diesen Zweck gegründeten G. m. b. H., Montania Frankfurt. Der Angeklagte Sander hat es nun verstanden, Geschäftsleuten gegenüber den Anschein zu erwecken, als handele es sich um ein Werk, hinter dem die ganze Kapitalkraft der Montania Mannheim steht. Er schloß mit einem Aschaffenburg Sägerwerk einen Vertrag ab, nach dem das Werk, das notleidend war, finanziell gestützt werden sollte. Nachdem die Holzvorräte des Sägerwerks verkauft waren und Sander aus dem Gewinn recht erhebliche Beträge für sich selbst verwendet hatte, mußten die alten Besitzer erkennen, daß sie betrogen worden waren. Die Arbeiter und Angestellten kamen um ihren Lohn, die Sägermühle mußte geschlossen werden, und endlich beging Sander mit Akzepten, in Höhe von 600 000 RM, die er sich von den früheren Besitzern noch hatte ausstehen lassen, Betrügereien gegenüber kleineren Geschäftsleuten, meist Holzhändlern.

Das Räuber-Kleeblatt gefaßt.

Frankfurt a. M. Nachdem Weidmann, einer der Täter, die den Raubüberfall auf die Villa in der Böcklinstraße verübt hatten, schon am Sonntagabend gefaßt worden war, konnten am folgenden Abend auch die beiden anderen Räuber in einer Wirtschaft in der Eckenheimer Landstraße festgenommen werden. Es handelt sich um den Kellner Anton Herpich, am 2. September 1906 in Kaiserslautern geboren, und den Ausläufer Hugo Kullmann, am 2. Juli 1903 zu Frankfurt geboren. Die Festgenommenen sind zwei der Polizei bereits bekannte Diebe, welche die Tat in der Böcklinstraße zugegeben haben. Bei der Vernehmung Weidmanns gab dieser die Tat unumwunden zu, und zwar war er derjenige, der mit der Gesichtsmaske gearbeitet hat. Die geringe Beute des Raubzugs befriedigte ihn nicht. Er verließ seine Komplizen unmittelbar nach der Tat und hatte die Absicht, aus Frankfurt zu verschwinden. In Köln wollte er Verwandte bzw. Freunde besuchen und er dürfte wohl mit der Absicht gespielt haben, von dort aus die französische oder belgische Grenze zu erreichen. Den ganzen Sonntag suchte er auf Autoparkplätzen nach geeigneten Wagen, um auszureißen, und als er abends vor dem neuen Theater einen Wagen stehen wollte, erteilte ihn das Schicksal.

Wiesbaden. (Unterforschungen bei der Landesdirektion.) Ein bei der Landesdirektion beschäftigter Landesobersekretär ist beschuldigt, Mündelgelder in Höhe von mehreren Tausend RM unterschlagen zu haben. Er wurde sofort entlassen und die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben.

Diez. (Stalllegen.) Von Landwirten an der Har und im nördlichen Taunus werden Refordzahlen aus ihren Ställen gemeldet. In dem Einrichdorf Biebrich brachte eine Riege, die in den letzten 13 Jahren bereits 31 Vämern das Leben gab, in einem Wurf fünf muntere Ferkeln zur Welt. Ein Niederseiferner Landwirt wurde von einer Simmentaler Kuh mit drei kräftigen Kälbern beglückt.

Dillenburg. (Beim Feuerzünden verbrannt.) Im Nachbarort Frohnhausen hat sich eine Frau beim Feueranzünden derart verbrannt, daß sie in hoffnungslosem Zustand dem Krankenhaus zugeführt werden mußte. Hier ist sie kurz nach der Entlieferung gestorben.

Gelnhausen. (Von der Viehverwertungsgenossenschaft.) Die im Vogelsberg bestehende Viehverwertungsgenossenschaft des Kreises Gelnhausen hielt in Birken ihre Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Bürgermeister a. D. Schmidt (Dobbsbach), gab einen Rückblick über die Tätigkeit der Genossenschaft, die 1928 begonnen und recht annehmbare Erfolge erzielt habe. Jeder Genosse, der ein Stück Vieh von einem Nichtmitglied abgeliefert, wird in eine Strafe von 10 RM genommen. Ehlers von der hannoverschen Viehverwertung wandte sich hart gegen die Gerüchte, nach denen die Genossenschaften ihr zu verwertendes Viehmateriale billiger absetzen sollten als der Handel.



Der „lange Sahm“.

Der frühere Präsident des Danziger Senats, Dr. Sahm, ist in Berlin eingetroffen, um die Amtsgeschäfte des Oberbürgermeisters zu übernehmen. — Unser Bild zeigt: Oberbürgermeister Sahm, „der lange Sahm“, wie man ihn auf den Genser Völkerversammlungen nannte, bei der Ankunft in Berlin.



Seppl und Bobby treffen sich.

Den Londonern bot sich kürzlich ein ungewöhnlicher Anblick: Eine Gruppe junger Bayern in ihrer Heimattracht, der grünen Jacke zu den „Ledern“, besuchte die englische Hauptstadt. Unser Bild zeigt einige von ihnen beim Überqueren des Trafalgar Square.

Mahnahmen gegen radikale Verkehrskreise.

Darmstadt. In der letzten Zeit ist wiederholt festgestellt worden, daß bei Ausschreitungen radikaler politischer Organisationen eine besondere Rolle die Verkehrskreise derartiger Organisationen spielen. Häufig haben Gewalttätigkeiten von derartigen Gastwirtschaften ihren Ausgang genommen oder sind dort vorbereitet worden. Die Straßen, in denen sich derartige Gastwirtschaften befinden, können von Teilen der Bevölkerung häufig nicht mehr passiert werden, ohne daß diese in die Gefahr geraten, in schwere Ausschreitungen und Schlägereien verwickelt zu werden. Nach Ansicht des Innenministeriums bietet das Gaststättengesetz vom 28. April 1930 ausreichende Möglichkeiten, gegen derartige Gastwirtschaften vorzugehen, das in Paragraph 11 für derartige Gastwirtschaften nach Erteilung der Konzession Auflagen zum Schutze der Bevölkerung gegen erhebliche Nachteile oder Belästigungen vorsieht. Wird derartigen Auflagen nicht nachgekommen, dann kann die Konzession zurückgezogen werden. Es kann auch Wirtin, die die Gewalttätigkeiten oder Vorbereitungen zu Gewalttätigkeiten in ihren Lokalen dulden, die Polizeistunde erheblich herabgesetzt werden.

Darmstadt. (Tagung der hessischen Steuerbeamten.) Der Bezirksverband Hessen der Reichssteuerbeamten hielt hier seinen diesjährigen Verbandstag unter seinem Vorsitzenden Stromberger ab. Der Präsident des Landesfinanzamtes Dr. Bläffing begrüßte die Tagungsteilnehmer und bekannte sich zum Berufsbeamtentum. Der Schriftleiter der „Steuerwart“, Obersteuerinspektor Bornmann-Berlin, referierte über „Wirtschaftskrise, Finanznot und Reichssteuerbeamtenschaft“, wobei er hervorhob, daß nicht die Beamtengehälter an der Wirtschaftskrise schuld seien, sondern eine Reihe anderer Punkte. Er nannte die Steigerung der sozialen Lasten, die Senkung der Umsatzsteuer, das Arbeitsbeschaffungsprogramm und nicht zuletzt die Subventionen für die Industrie.

Gießen. (Vom Verkehrsband Oberhessen.) Hier fand die Hauptversammlung des Verkehrsbandes Oberhessen statt. Aus dem von dem Bundesvorsitzenden, Beigeordneten Dr. Hamm-Gießen, erstellten Rechenschaftsbericht war ersichtlich, daß der Verkehrsband Oberhessen auch im abgelaufenen Geschäftsjahr eine rege Tätigkeit auf den verschiedensten Gebieten der Verkehrswerbearbeit entfaltet hat, wobei er bei den Fahrplanfragen eng mit dem hessischen Verkehrsverband in Darmstadt zusammenarbeitete, der ihm auch auf andere Weise förderlich zur Seite stand. Das Ergebnis dieser Arbeit konnte als sehr befriedigend bezeichnet werden. Gegenwärtig ist der Verkehrsband Oberhessen mit der Herausgabe eines Hotel- und Gaststättenverzeichnis beschäftigt, das in wenigen Wochen erscheinen wird. Weiter wurde die Herausgabe einer Reisekarte von Oberhessen beschlossen, zu welcher der hessische Staat einen Zuschuß gewährt.

Gießen. (Zuchthaus für vorläufige Brandstiftung.) Vor dem oberhessischen Schwurgericht hatte sich der Landwirt Heinrich Glänzer 2 aus Schwarz (Kreis Alsfeld) wegen vorläufiger Brandstiftung in seinem Hause zu verantworten. Der Angeklagte war am Abend vor dem Brand nach Gießen gefahren. Am anderen Morgen wurde in dem Hause an zwei Stellen Feuer entdeckt. Der Mann hatte sein Mobilar erst kurz zuvor mit der den wirklichen Wert erheblich übersteigenden Summe von 15 000 RM versichert. Das Gericht verurteilte ihn zu einem halben Jahre Zuchthaus.

Alsfeld. (Alter hessischer Truppenführer gestorben.) Auf dem benachbarten Hofgut Dohlsrode verstarb im 73. Lebensjahr der Oberleutnant a. D. Freiherr von Rotsmann, der einem alten hessischen Geschlechts entstammte und zunächst in hessischen und dann in preussischen Regimentern in Dienst stand. Nachdem er 1907 bereits in den Ruhestand getreten war, meldete er sich bei Ausbruch des Weltkrieges als 56 Jahre alter Mann freiwillig zum Frontdienst und machte dann vom Winter 1914 bis Sommer 1915 als Kommandeur des 1. Bataillons Infanterie-Regiment 222 die schweren Kämpfe in Polen und in den Karpaten mit. Der Verstorbene erfreute sich wegen seiner glänzenden soldatischen und menschlichen Eigenschaften größter Wertschätzung.

Schotten. (Heimatkundliche Ausstellung.) Anlässlich der 40jährigen Jubelfeier des Vogelsberger Höhen-Clubs in Schotten, die aus allen Zweigvereinen dieser großen Organisation zahlreiche Besucher nach Schotten bringen wird, ist eine heimatkundliche Ausstellung in der Turnhalle geplant.

X Ludwigshafen. (Wer ist Doppelverdiener?) Der 1. Bürgermeister der Stadt Ludwigshafen hat angeht der erscheinenden Arbeitslosigkeit an sämtliche städtische Dienststellen eine Verfügung erlassen, in der die Beamten, Angestellten und Arbeiter, ferner die Ruhegehaltsempfänger aufgefordert werden, anzugeben, welche Nebeneinkünfte sie außer ihrem Hauptbezüge noch haben und ob nicht auch ihre Ehefrauen einen Nebenerwerb ausüben.

X Ludwigshafen. (Dachstuhlbrand. — 15000 Mark Schaden.) Im Dachstuhl des Hauses Erbgaße 22 in Mundenheim entstand ein Brand, der den ganzen Dachstuhl einäscherte. Dabei verbrannten Möbel, Maschinen usw., so daß ein Gesamtschaden von 12—15 000 Mark entstand. Die Entstehungsurache ist unbekannt.

X Oggersheim. (Vom Auto überannt.) Auf der Mutterstader Landstraße wurde der Arbeiter Heinrich Gieß aus Mutterstadt von dem Autofahrer Willi Weid aus Mömersheim überannt und so wuchtig auf die Straße geschleudert, daß er bewußtlos liegen blieb. Er wurde von der Sanitätskolonne in das Ludwigshafener Krankenhaus übergeführt.

X Frankenthal. (Der Refordsegelflieger.) Der Pilot Fuchs, der sich im Streckensegelflug den Weltrekordtitel holte, ist der Sohn Otto des Oberlehrers Alois Fuchs in Frankenthal.

X Alsfeld. (Ein Denkmal für — Kaiser Valentinian.) Zur Frage der Errichtung eines heimatkundlichen Denkmals, das dem Begründer des ehemaligen römischen Kastells, Kaiser Valentinian I., gewidmet sein soll, wird von maßgebender Seite mitgeteilt: Das Vorhaben ist ein Plan privater Kreise, der auch verwirklicht wird. Die Idee beruht auf der Initiative der Ortsgruppe des Historischen Vereins. Das Denkmal wird auf einem Privatgrundstück von Def.-Rat Janaz Baumann seine Aufstellung finden. Der Zeitpunkt der Ausführung des Planes liegt jedoch noch nicht fest.

X Weidenheim. (Strohhaufen in Brand gesteckt.) Auf hiesiger Gemarkung wurde ein größeres Lager Stroh in Brand gesteckt. Der Tat bringend verdächtig ist der herumstreunende Jakob Mählinger. Er ist aus Rohrbühren bei dem Eigentümer des Strohes ausgeschieden, bestreitet mit Bitteln seinen Unterhalt und soll aus Nähe das Stroh in Brand gesteckt haben.

X Weidenheim. (Weinversteigerung.) Das Weinangebot erbrachte für das Weingut „Rohrbacher Hof“ ein besonders günstiges Resultat. Zwei Drittel der angebotenen Menge fanden keine Abnehmer. Ausgegeben wurden 9150 Flaschen 1928er, 2 Stüd, 5 Halbstüd, 5400 Flaschen 1929er. Von den 1928er Flaschenweinen gelangten nur eine Nummer zur Abgabe, während von den 1929er 8 Nummern zurückgezogen wurden. Für die Flasche wurde geboten: 1928er 1.20 bis 1.60 Mark, 9 Nummern wurden nicht ausbezogen; 1929er für die 1000 Liter: 1390, 1400, 1510, 1610; für die Flasche 1.80 bis 3.50 Mark.

X Neustadt a. d. S. (Automesse.) Die auf dem städtischen Festplatz am kommenden Sonntag stattfindende Automesse für gebrauchte Kraftfahrzeuge begegnet in diesem Jahre noch größerem Interesse als im vergangenen Jahre. Es kann bis jetzt bereits mit einer Beteiligung von 80 bis 100 Kraftfahrzeugen aller Typen und Klassen gerechnet werden. Es sind ältere, aber gebrauchsfähige Automobile von 450—200 Mark zu erhalten.

X Speyer. (Die Vorbereitung des Rheinbrückenbaues.) Ueber die Vorbereitungen des Speyerer Rheinbrückenbaues, der sich an den von Marx anschließenden soll, ist zu berichten, daß die Vorarbeiten für die Zufahrtsrampen im Gange sind. Die Arbeiten werden beim Brückenbauamt in Ludwigshafen durchgeführt. Ueber die preisgekrönten Entwürfe für Speyer ist noch nicht entschieden.

X Kaiserslautern. (Pfalz und Umgebung der Kriegsoffer.) Am kommenden Sonntag vormittag wird in der städtischen Fruchthalle hier eine Mahlkundgebung des Reichsbundes für Kriegsteilnehmer, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebene abgehalten, zu der Teilnehmer aus der ganzen Pfalz eintreffen werden. Die Kundgebung richtet sich gegen die von der Reichsregierung geplante Verschleppung der Kriegsoffer-Verorgung.

!! Von der Nahe. (Flaues Weingeschäft.) Das Weinhandelsgeschäft ist wieder sehr flau geworden. Die Stückpreise bewegen sich zwischen 500 bis 600 RM. Der Weinbergstand ist günstig.

!! Birkenfeld. (Sitzung des Landesverbandes.) Unter der Leitung von Engel (Rimberg) tagte der Landesverband, um neben kleineren Vorlagen den Haushaltsplan für 1931, der mit 1 564 425 RM in Einnahmen und Ausgaben abschließt, zu verabschieden. Einen der größten Posten im Etat bildet der Zuschuß zur Straßenverwaltung mit 307 000 RM.

!! Trier. (Ausfuhr von Weidevieh nach Luxemburg.) Die luxemburgische Regierung hat neuerdings die Genehmigung zur Einfuhr von Weidevieh in das luxemburgische Staatsgebiet gegeben, allerdings nur bis zu einer bestimmten Einfuhrhöchstzahl. Auf diese Einfuhrerlaubnis hin sind von den Viehhändlern in der Eifel bereits größere Mengen von Weidevieh nach Luxemburg verkauft worden. Es steht zu erwarten, daß die Viehmärkte in der Eifel durch diese Möglichkeit eine starke Belebung erfahren werden.

!! Saarbrücken. (Verurteilte Großbetrüger.) Nach mehrtägiger Verhandlung wurde das Urteil gegen die Inhaber der zusammengebrochenen Bank- und Finanzgesellschaft Halyb gefällt. Es erhielten Dr. Kahlbecher zwei Jahre Gefängnis und 16 000 Franken Geldstrafe, Gottlieb 10 Monate Gefängnis und 4500 Franken Geldstrafe, August Schmoller ein Jahr Gefängnis und 9000 Franken Geldstrafe, Fritz Schmoller 20 000 Franken Geldstrafe. Außerdem wurden ihnen die Kosten des Verfahrens aufgelegt. Das Gericht erkannte die Angeklagten in vollem Sinne für schuldig des Vergehens gegen die Konkursordnung (Aufstellung falscher Bilanzen und Nichtanmeldung des Konkurses, als die Überschuldung der Gesellschaft deutlich erkennbar war), falscher Versicherungen in zwei Fällen von Kapitalerhöhung, Abgabe einer falschen öffentlichen Mitteilung der Gesellschaften und schließlich unordentliche Buchführung und Vernichtung von Geschäftsbüchern. Gegen Kahlbecher wurde sofort wegen Fluchtverdachts Haftbefehl erlassen. Außerdem erhielten wegen Steuerhinterziehung Kahlbecher 56 530 Franken Geldstrafe, Gottlieb 28 130 Franken, August Schmoller 64 200 und Fritz Schmoller 83 520 Franken Geldstrafe.